

Die Verwirklichung von Inklusion braucht weitere Anstrengungen!

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V., der Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V. und der Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg e.V. betrachten Inklusion nach wie vor als das zentrale, alles übergreifende Thema in der Behindertenpolitik und darüber hinaus.

Trotz aller politischen Willenserklärungen sind wir allerdings von einer Gesellschaft, in deren Mitte alle behinderten Menschen gleichberechtigt, ohne Diskriminierung und Benachteiligung leben können, immer noch weit entfernt.

Dabei muss die besondere Situation psychisch belasteter Menschen berücksichtigt werden. Gerade psychiatrieerfahrene Menschen stehen vor einer besonderen Art von gesellschaftlichen Barrieren. Ihre Behinderung ist oft nicht sichtbar und im Alltag schwer zu erkennen, Symptome und Leistungsfähigkeit können stark schwanken. Hinzu kommt, dass Vorurteile gegenüber psychischen Erkrankungen sich in den letzten Jahren wieder zu verstärken scheinen.

Damit das Ziel der Inklusion von der Theorie zur Praxis wird, braucht es weitere Anstrengungen aller Beteiligten!

1. Träger und Mitarbeiter psychiatrischer Unterstützungsangebote

Psychiatrie-Fachleute haben zu häufig stärker ihre Angebote als den Sozialraum im Blick. Sie vergessen die förderlichen Aspekte von Inklusion und gehen mit ihren Klient:innen zu wenig dorthin, wo sich das normale Leben abspielt. Das Finanzierungssystem gibt Ihnen recht: Nicht-inklusive fachliche Hilfen werden besser finanziert, als inklusive Begleitung.

Forderung: Mehr inklusive und sozialraumorientierte Arbeit in der Gemeindepsychiatrie. Vergleichbar gute Finanzierung von inklusiven Hilfsangeboten.

Aufsuchende Hilfen verhindern häufig Klinikaufenthalte und ermöglichen den Betroffenen, weiter in der Gemeinde zu verbleiben und dort ihren Aktivitäten nachgehen zu können.

Forderung: Mehr aufsuchende Hilfen für psychisch kranke Menschen und ihre Familien

2. Verantwortliche in Politik und Verwaltung

Partizipation behinderter Menschen und somit auch Psychiatrieerfahrener und deren Angehörigen ist in Gesellschaft und Politik noch sehr unzulänglich verwirklicht. Die Selbstvertretung in Gremien hat dabei eine große Bedeutung.

Forderung: Kein gemeindepsychiatrischer Verbund ohne die Beteiligung Psychiatrieerfahrener und Angehöriger. Mitwirkung und Mitentscheidung auf allen (psychiatrie)politischen Ebenen.

3. Psychiatrieerfahrene und ihre Angehörigen

Es gibt nicht wenige psychisch eingeschränkte Menschen, die es aufgegeben haben, sich um die eigene Inklusion zu bemühen. Das ist verständlich und letztlich hat jeder Mensch das Recht, selbst zu bestimmen, wie und mit wem er leben will. Und doch möchten wir Psychiatrieerfahrene ermutigen und dabei unterstützen, sich aus der in der Regel nicht selbst gewählten Subkultur Psychiatrieerfahrener zu lösen, damit mehr Inklusion im Einzelfall gelingt.

Auch ist es sinnvoll, innerhalb der Selbstvertretungen der unterschiedlichen Behinderungsarten wirksamer zusammenzuarbeiten und die gegenseitigen Vorbehalte aufzugeben.

Forderung: Menschen mit Behinderungen müssen sich mehr austauschen und mehr Verständnis untereinander entwickeln. Wenn sie mit einer Stimme sprechen, können sie mehr politische Kraft entwickeln.

**Landesverband Gemeindepsychiatrie Baden-Württemberg e.V.,
Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg e.V. und
Landesverband Baden-Württemberg der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V.**

9. Juli 2022